

**Kleine Anfrage Michael Burkard (GFL): Verbesserung des Sicherheitsdispositivs zugunsten der Jüdischen Gemeinde Bern?**

Angesichts steigender Sicherheitskosten der Jüdischen Gemeinde Bern (JGB) wird der Gemeinderat höflich eingeladen, folgende Fragen zu beantworten:

1. Erachtet der Gemeinderat das heutige Sicherheitsdispositiv zum Schutz jüdischer Einrichtungen in der Stadt Bern als ausreichend?
2. Erachtet der Gemeinderat die aktuelle Kostenverteilung als angemessen und fair?
3. Zieht der Gemeinderat in Erwägung, sich an einer Verbesserung des Sicherheitsdispositivs zum Schutz jüdischer Einrichtungen in der Stadt Bern zu beteiligen, beispielweise durch eine Anpassung des Ressourcenvertrags mit der Kantonspolizei Bern?

Bern, 17. Oktober 2019

*Erstunterzeichnende: Michael Burkard*

*Mitunterzeichnende: -*

**Antwort des Gemeinderats**

*Zu Frage 1:*

Die Sicherheitslage wird durch die Kantonspolizei Bern und den Bund laufend beurteilt. Falls notwendig werden die polizeilichen Dispositive umgehend angepasst.

*Zu Frage 2:*

Der Gemeinderat begrüsst, dass der Bund sich seit 1. November 2019 mit bis zu einer halben Million Franken pro Jahr an den Sicherheitskosten für Minderheiten, die besonders gefährdet sind, beteiligt.

*Zu Frage 3:*

Der Gemeinderat erachtet es primär als Aufgabe von Bund und Kantonen, die Notwendigkeit von besonderen Schutzmassnahmen von gefährdeten Minderheiten zu beurteilen und entsprechende Massnahmen zu treffen und mitzufinanzieren. Diese primäre Zuständigkeit wird auch in der auf 1. November 2019 in Kraft gesetzten Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) untermauert. Der Gemeinderat wird sich im Rahmen der Schwerpunktsetzung wie in der Vergangenheit auch mit besonderen Schutzbedürfnissen von Minderheiten befassen. Eine Anpassung des Ressourcenvertrags steht aber nicht zur Diskussion.

Bern, 13. November 2019

Der Gemeinderat